Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Geschäftsstelle: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 42.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1538. Girokasse: Riesa Nr. 53.

№ 102. Freitag, 3. Mai 1929, abends. 82. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Sagt's an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Abermals ernste Ausschreitungen in Berlin.

Neue Straßenschlachten.

Wieder Tote und Verletzte. — Die Kommunisten fordern zum Generalstreik auf.

Epilog auf den 1. Mai.

vdz. Berlin. Nach den bisherigen Ermittlungen sind infolge der blutigen Zusammenstöße am 1. Mai in Berlin 12 Tote und etwa 60 Schwerverletzte zu verzeichnen. 30 Polizeibeamte sind leicht verletzt worden. Ueber 1000 Personen wurden verhaftet. Die größte Zahl der Opfer wurden bei den heftigen Straßenkämpfen am Wedding festgestellt. So wurden allein bei den Barrikadenkämpfen in der Kösliner Straße vier Demonstranten getötet. Wie verlautet, sollen sich an den Demonstrationen auch zahlreiche in Berlin wohnende Sowjetrussen beteiligt haben. Sollte sich diese Angabe bestätigen, so dürfte damit zu rechnen sein, daß die Liste der Aufenthaltsgenehmigung für Sowjetrussen einer Durchsicht unterzogen wird. Die Kommunisten, bezw. die Drahtzieher der bedauerlichen Zusammenstöße, wollen noch immer keine Ruhe geben, sondern planen nunmehr, die Arbeiterschaft zu einem Protest-Generalstreik aufzurufen.

Der Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel, der von den Kommunisten ganz besonders scharf angegriffen wird, äußerte sich in einem Artikel der Donnerstag-Abendausgabe des „Berliner Tageblatt" über das „Demonstrationsverbot". Er lehnt darin zunächst die kommunistische Behauptung ab, daß in Berlin erst das Recht zu Demonstrationen unter freiem Himmel erkämpft werden müsse. Wie abwegig diese Behauptung sei, ergebe sich schon daraus, daß allein 1928 in Berlin bis zum Erlaß des Demonstrationsverbotes 5121 Veranstaltungen unter freiem Himmel und 11 170 in geschlossenen Räumen stattfanden, sodaß die in der Verfassung gewährleistete Demonstrationsfreiheit gerade in Berlin in weitestem Maße ausgenutzt werden könnte.

Aber es habe sich ausgesprochenes politisches Rowdytum auf den Straßen breit gemacht und immer wieder Zusammenstöße herbeigeführt, bei denen neben Polizeibeamten auch harmlose Straßenpassanten terrorisiert und verwundet wurden von einer Minderheit, die sich nur aus den Radikalen auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken zusammensetze. Deshalb habe er sich schließlich im Dezember zu dem Demonstrationsverbot gezwungen gesehen. Er habe auch später eingehend die Frage geprüft, ob dieses Verbot wieder hätte aufgehoben werden können. Die fortgesetzten Spannungen politischer Art, wie sie auch durch die Regierungskrisis sich ergaben, hätten die Aufhebung jedoch nicht gangbar erscheinen lassen. Und als dann im April das Geschrei der Kommunisten „Straße frei für den 1. Mai" einsetzte, also gerade jener, die einen großen Teil der Schuld an dem Verbot trugen, habe er es unter keinen Umständen verantworten wollen, daß die Staatsautorität dem Druck einer kleinen Minderheit nachgebe, zumal bei Aufhebung des Verbots die Zusammenstöße, namentlich die Ueberfälle der Kommunisten auf andere Kundgebungen, sich noch leichter hätten ermöglichen lassen. Jedoch sei ihm, als altem Gewerkschaftler, der Entschluß, das Verbot auch am 1. Mai aufrecht zu erhalten, wirklich nicht leicht gefallen.

*

Die Toten des 1. Mai.

)(Berlin. Die bei den Zusammenstößen zwischen den Mai-Demonstranten und der Polizei getöteten Personen sind nunmehr sämtlich festgestellt. Ihre Namen sind: Der 56 Jahre alte Kaufmann Louis Fröbins aus der Kolberger Straße 20, der 24 Jahre alte Mechaniker Bruno Seibler aus der Pflugstraße 9, der 26 Jahre alte Bauarbeiter Ernst Mai aus der Swinemünder Straße 118, der 35 Jahre alte Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Paul Roetnack aus der Triftstraße 68, der 47 Jahre alte einbeinige Albert Helder aus der Prinz-Eugen-Straße 25 und der 52 Jahre alte Arbeiter Max Gemeinhardt aus der Kösliner Straße 19. Außerdem ist noch durch einen Verkehrsunfall während eines Demonstrationszuges getötet, Otto Querner aus der Stralsunder Straße 69.

*

Neue Zusammenstöße am Wedding.

)(Berlin. In den Straßen am Wedding, die vorgestern abend der Schauplatz eines lebhaften Feuergefechtes waren, ist es gestern im Laufe des Nachmittags zu erneuten Ausschreitungen gegen einzelne Polizeiposten gekommen. Kurz vor 5 Uhr wurde in der Kösliner Straße eine Polizeistreife von einer erregten Menschenmenge angegriffen und die Polizisten machten von ihren Schußwaffen Gebrauch. Nach Angabe des Berliner Tageblatts sind vier Personen verletzt worden. Ein junger Mann hat u. a. einen Oberschenkelschuß und eine Frau einen Streifschuß am Kopf erhalten. Die Straßen wurden mit dem Gummiknüppel gesäubert und, da sich immer mehr erregte Menschenmassen ansammelten, wurden auf Lastkraftwagen mehrere Hundertschaften nach dem Wedding entsandt, um neuen schweren Ausschreitungen zuvorzukommen. Die Polizei hat die Kösliner-, Wiesen- und Bauhofstraße, in denen sich am 1. Mai die Tumulte abspielten, sowie die Reinickendorfer Straße mit einem großen Aufgebot von Beamten besetzt. Auch in Neukölln in der Hermannstraße kam es gestern abend erneut zu großen Ansammlungen, wobei die Polizei die Straßen ebenfalls mit dem Gummiknüppel säubern mußte.

Die Kommunistische Partei hält abends eine Reihe von Protestversammlungen ab.

Drei Tote, zehn Schwerverletzte in Neukölln.

)(Berlin, 3. Mai. Bei den nächtlichen Barrikadenkämpfen in Neukölln sind nach polizeilichen Feststellungen drei Personen getötet und etwa zehn schwer verletzt worden.

Berlin. (Funkspruch.) Der Polizeipräsident teilt um 1 Uhr mit: In den in den letzten Tagen am stärksten hervorgetretenen beiden Unruhezentren Wedding und Neukölln begann bei Morgengrauen eine große Säuberungsaktion der Schupo in Zusammenwirkung mit der politischen Polizei. Bisher wurden hierbei im Bezirk Wedding (Köslinerstr.) 88 Personen verhaftet und zahlreiche Waffen aller Art beschlagnahmt. Im Bezirk Neukölln wurden im ersten Teil des Unternehmens 6 Personen festgenommen und eine große Anzahl Waffen gefunden. Die Aktionen dauern z. Zt. noch an.

2 weitere Todesopfer der Berliner Maifeierunruhen.

Berlin. (Funkspruch.) Von den Verletzten, die am 1. Mai ins Krankenhaus Neukölln-Buckow eingeliefert wurden, sind, wie das Städtische Nachrichtenamt mitteilt, inzwischen zwei gestorben.

*

Kommunistische Protestversammlungen.

Aufforderung zum Generalstreik.

)(Berlin. Die Kommunisten haben, wie angekündigt, gestern abend eine Reihe von Protestversammlungen gegen die Vorgänge am 1. Mai abgehalten. In den Pharussälen sprach dabei der kommunistische Reichstagsabgeordnete Geschke, der nach dem Bericht einer Berliner Korrespondenz folgende bezeichnende Behauptungen aufstellte: Es wären nicht nur die 13 000 Mann Schupo gegen die Arbeiter losgelassen worden, sondern auch Reichswehr in Schupouniform. Am 1. Mai sei mit Dumdumgeschossen auf die Demonstranten geschossen worden. Die andern Klassen sähen in dem Proletariat den Feind, den sie mit allen Mitteln vernichten müßten. Um Provokationen hervorzurufen, hätten die Schupo-Mannschaften sich selber beschossen. So habe vorgetäuscht werden sollen, als ob von Arbeiterseite auf die Schupo geschossen worden sei. Das Proletariat sei berufen, die Toten zu rächen, und zwar nicht durch einzelne Terrorakte, sondern als einheitliche geschlossene Masse. Am 8. Mai müßten die Betriebe mobilisiert werden, um einen politischen Massenstreik zu inszenieren. Die Diktatur des Proletariats sei die einzig mögliche Antwort auf diese Blutprovokationen.

Im Anschluß an die Rede von Geschke erhoben sich alle Anwesenden und gelobten, Rache zu nehmen für das Blut der Gefallenen.

Die Lage in Neukölln.

Berlin. (Funkspruch vorm. 10 Uhr.) Gegen 8 Uhr vormittag hatte die Polizei die ganze Hermannstraße in Neukölln besetzt. Die Barrikaden sind größtenteils beiseite geräumt. Sonderwagen der Straßenbahn, mit Polizei bemannt, fahren durch die Steten- und Steinmetzstraße und räumen auch hier die Hindernisse weg. In der Falkstraße wurde die Polizei gegen 8 Uhr aus Fenstern mit Steinen beworfen. Die Kriminalpolizei ist noch immer dabei, Haus für Haus systematisch nach Waffen zu untersuchen. Zahlreiche Schuß-, Hieb- und Schlagwaffen wurden beschlagnahmt und eine ganze Reihe von Personen, die Waffen mit sich führten, ist festgenommen worden. Der Verkehr ruht noch immer und dürfte erst gegen Mittag aufgenommen werden. Die Bauarbeiter der Untergrundbahn haben geschlossen die Arbeit niedergelegt, da sie, wie sie sagen, nicht unter Polizeiaufsicht arbeiten wollen. In den Schulen Neuköllns fehlen viele Kinder, die entweder die Sperre nicht passieren konnten oder von ihren Eltern zu Hause behalten werden. Die Absperrmaßnahmen haben bei der Bevölkerung großen Unwillen hervorgerufen. Die Polizei hat die Absicht, das ganze Viertel bis in die kommende Nacht hinein besetzt zu halten, um eine Wiederholung der Ereignisse der letzten Nacht, besonders die Auftürmung von Barrikaden, zu verhindern. Von kommunistischer Seite werden allenthalben Flugzettel aufreizenden Inhalts verteilt. In vielen Nebenstraßen bilden sich Gruppen von Arbeitern, die nicht zur Arbeit gehen, weil anscheinend in einer Anzahl von Betrieben gestreikt wird.

Die Durchführung der Streikparole der Kommunisten.

Berlin. (Funkspruch.) Infolge der dauernden Aufforderungen der KPD. durch Flugblätter, Hetzreden in den Versammlungen usw. hat heute in zahlreichen Betrieben die Arbeiterschaft als „Protest gegen das Verhalten der Polizei" teils geschlossen, teils gruppenweise die Arbeit niedergelegt. Im einzelnen sind Betriebe mit 1000 bis 1800 Mann Belegschaft betroffen worden.

In der vergangenen Nacht ist es auch in der Wiesenstraße zu ernsteren Zusammenstößen gekommen. Die dort zahlreich wohnenden Kommunisten hatten die Gaslaternen ausgedreht und die Scheiben der Laternen zertrümmert. Als ein Ueberfallkommando erschien, wurden die Beamten beschossen, die darauf das Feuer erwiderten. Die Ruhestörer ergriffen dann die Flucht.

Im Laufe des heutigen Vormittags haben die 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabriken Manoli und Josetti die Arbeit niedergelegt. Die Kommunisten scheuten auch nicht davor zurück, die Arbeiter durch Drohungen und Gewaltanwendungen sich gefügig zu machen. So wurden die Arbeiter auf verschiedenen Baustellen durch Drohungen zur Niederlegung der Arbeit gezwungen. Viele Arbeiter haben aber bereits erklärt, daß sie ihre Tätigkeit sobald wie möglich wieder aufnehmen werden.

Die Gewerkschaften gegen den Streik.

)(Berlin. Die Berliner Ortsausschüsse des ADGB., der Afa und des ADBB. haben in einem Aufruf ihre Anhänger aufgefordert, etwaigen Parolen zum Streik keine Folge zu leisten. In gewerkschaftlichen Kreisen legt man dem Streikaufruf des sog. Streikkomitees keine Bedeutung bei.

Ein sozialdemokratischer Aufruf.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veröffentlichen einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Toten und Verletzten Berlins sind für die Kommunisten Agitationsmaterial und nichts anderes. Diese Opfer sind auf Befehl der kommunistischen Zentrale gefallen! Das ist die Wahrheit! Arbeiter, laßt Euch von der bankerotten kommunistischen Partei und ihren Moskauer Drahtziehern nicht zu Handlungen mißbrauchen, die letzten Endes nur den geschworenen Feinden der Republik und des Proletariats zugute kommen!"

Blutiges Drama in einer Gastwirtschaft.

)(Berlin. In einer Wirtschaft im Norden der Stadt verweigerte der Gastwirt Friedrich Arlt mehreren Leuten, die angetrunken waren und sich ungebührlich benahmen, die Verabreichung von Getränken. Als sie darauf Einrichtungsgegenstände zertrümmerten und den Gastwirt tätlich angriffen, gab dieser aus einer Pistole einen Schuß ab, durch den der 28 Jahre alte Arbeiter Kurt Krüger getötet wurde. Nach Zeugenaussagen soll Arlt in Notwehr gehandelt haben.

*

Die Polizei räumt planmäßig auf.

Berlin. (Funkspruch.) Um eine Wiederholung der Vorgänge der letzten Tage zu verhindern, hat die Polizei heute vormittag eine große Aktion unternommen. Sämtliche Häuser der in Betracht kommenden Straßen im Stadtteil Weddingen und Neukölln wurden einer gründlichen Untersuchung nach Waffen und verdächtigen Personen unterzogen. Dabei wurden im Stadtteil Weddingen sistiert ein Mann mit dem Revolver in der Hand und ein Jugendlicher, bei dem man eine Menge gestohlener Sachen aus einem ausgeplünderten Stahlwarengeschäft fand. — In Neukölln nahm man 8 Kommunisten fest, darunter einen Russen. Zahlreiche Waffen aller Art und Totschläger wurden im Stadtteil Weddingen gefunden und beschlagnahmt. Ferner sind noch 47 Sistierungen vom 1. Mai und 38 Festnahmen aus der vergangenen Nacht zu melden.

*

Verbot der „Roten Fahne" und des „Volksecho" für 3 Wochen.

Berlin. (Funkspruch.) Der Polizeipräsident teilt mit, der Polizeipräsident hat die Zeitungen die „Rote Fahne" und das „Volksecho" auf Grund des § 7, Ziffer 4 und 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von 3 Wochen bis einschließlich 21. Mai verboten, weil diese Zeitungen durch ihre Schreibweise die Bestrebungen der kommunistischen Partei Deutschlands, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches zu untergraben, durch die Tat unterstützt haben.